

Richard Stöss

Antisemitismus in rechtsextremen Parteien der Bundesrepublik

Vorlesung im Rahmen der "Sommeruniversität gegen Antisemitismus"
des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin
am 8. September 2009

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Studierende!

Als ich gefragt wurde, ob ich im Rahmen dieser Sommeruniversität eine Vorlesung über den Antisemitismus in rechtsextremen Parteien halten wolle, habe ich zunächst darüber nachgedacht, worin denn die Leitfrage dieses Vortrags bestehen könnte. Wenn man - wie ich - unter Rechtsextremismus "völkischen Nationalismus im Denken und Handeln" versteht, dann war und ist Antisemitismus (jedenfalls in Deutschland) ein genuiner Bestandteil des Rechtsextremismus. Rechtsextreme Parteien waren und sind also hierzulande - offen oder verdeckt - immer auch antisemitisch. Basta. So bezieht sich die neuere Literatur zu diesem Thema auch überwiegend darauf, einzelnen rechtsextremen Parteien in der Bundesrepublik, derzeit vor allem der NPD, anhand von Äußerungen führender Funktionäre und von Texten, Bildern oder Karikaturen in Parteipublikationen (gerade auch im Internet) Antisemitismus nachzuweisen. In dem von Fabian Virchow und Christian Dornbusch herausgegebenen Band "88 Fragen und Antworten zur NPD" (2008) schreibt Gideon Botsch, dass sich Antisemitismus zwar nicht im Parteiprogramm der NPD finde, er durchdringe aber die Weltanschauung der Partei "auf allen Ebenen". Ihm komme "die besondere Funktion zu, die verschiedenen Elemente rechtsextremer Ideologie miteinander zu verbinden".

Welcher Erkenntnisgewinn könnte darin bestehen, wenn ich Sie eine Stunde lang mit antisemitischen Zitaten aus dem rechtsextremen Parteienspektrum traktiere? Darüber ist - wie gesagt - viel ge-

schrieben worden, darüber dürften Sie in den bisherigen Veranstaltungen dieser Sommeruniversität bereits einiges gehört haben und wohl auch noch einiges hören. Wenig Beachtung hat bislang eine Frage gefunden, die ich interessanter finde und mit der ich mich daher im Folgenden beschäftigen werde: **Warum ist der Rechtsextremismus nach dem Holocaust immer noch antisemitisch?** Warum betreiben rechtsextreme Akteure auch heute noch antisemitische Agitation? Ich werde in meinem Beitrag also eine akteursorientierte, handlungstheoretische Sichtweise einnehmen, die Weltsicht, die Ziele und die Operationsplanungen des Rechtsextremismus betrachten und in diesem Zusammenhang nach der Bedeutung des Antisemitismus fragen. Ich werde also mehr über Rechtsextremismus als über Antisemitismus sprechen. Dass Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus seit der Herausbildung des Rechtsextremismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen inneren Zusammenhang bilden, ist unbestritten. Erklärt werden soll, wie sich dieser Zusammenhang in der alltäglichen Praxis des Rechtsextremismus immer wieder herstellt. Ich werde das Thema dieser Veranstaltung also in den umfassenderen Zusammenhang von Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus einbetten und dabei notwendigerweise auch die historischen Grundlagen mit einbeziehen.

Hinsichtlich der Relevanz der Fragestellung sei daran erinnert, dass Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung mittlerweile weithin als sozial unerwünscht gilt. Die politische Klasse der Bundesrepublik betrachtet die Ächtung antisemitischer Äußerungen als Bestandteil der Staatsraison, und das politische Strafrecht bietet viele Möglichkeiten, gegen Antisemitismus vorzugehen.

1979 entschied der Bundesgerichtshof, dass die Leugnung der Judenverfolgung und -vernichtung durch den Nationalsozialismus strafbar ist, weil sie eine Fortsetzung der Diskriminierung der Juden darstellt. 1985 wurde dieser Straftatbestand durch das 21. Straf-

rechtsänderungsgesetz auch in das Strafgesetzbuch (§§ 185, 194 StGB) aufgenommen (sogen. "Gesetz gegen die 'Auschwitz-Lüge'").

Dies dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, dass - worauf in der Literatur immer wieder hingewiesen wird - rechtsextreme Akteure heute **offen** antisemitische Verlautbarungen vermeiden und ihren Antisemitismus eher **verdeckt bzw. indirekt** durch spezifische Codes oder Andeutungen kommunizieren. Aber: Warum kommunizieren sie ihn überhaupt? Bekanntlich wird das Wahlverhalten zugunsten von rechtsextremen Parteien heute kaum durch antisemitische Attitüden begünstigt. Maßgeblich sind fremdenfeindliche bzw. rassistische Angebote, die Propagierung der Volksgemeinschaft, das Versprechen von Ruhe und Ordnung im Inneren, die Polemik gegen die angeblich volksfeindlichen und korrupten politischen Eliten und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Warum verzichten die rechtsextremen Parteifunktionäre nicht auf Antisemitismus und belassen es bei fremdenfeindlicher Agitation, zumal Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung weit verbreitet ist, weit in die "Mitte der Gesellschaft" hinein reicht und die Erschließung von Wählerschichten verspricht, die sich durch antisemitische Bekundungen eher abgestoßen fühlen? Kurz: **Warum ist Fremdenfeindlichkeit im Nachkriegsdeutschland nicht längst zum funktionalen Äquivalent für Antisemitismus geworden?**

Das politische Anliegen des Rechtsextremismus

Beschäftigen wir uns zunächst mit der Frage, worin das politische Anliegen des Rechtsextremismus besteht! Rechtsextremismus ist ein gängiger Bestandteil moderner Gesellschaften. Und insoweit diese Gesellschaften demokratische Partizipation zulassen, nimmt der Rechtsextremismus - mit mehr oder weniger Erfolg - am politischen Leben teil. In der Politik geht es vordringlich - folgt man Max Weber - um Machterwerb, Machtbehauptung und Gefolgschaftswerbung. **Rechtsextremismus strebt also nach politischer Macht**, um seine

Ziele durchzusetzen. Die Machtinteressen und die damit verbundenen Ziele werden ideologisch begründet. Unter **Ideologie** verstehe ich hier – verkürzt – eine Lehre zur Rechtfertigung der eigenen Machtinteressen. Derartige Rechtfertigungslehren interpretieren die soziale, politische und kulturelle Wirklichkeit in der Regel einseitig und geben sie folglich zumeist verzerrt wider. Um den eigenen Machtanspruch durchzusetzen, reicht eine Ideologie aber nicht aus. Es bedarf zudem davon abgeleiteter langfristiger **Operationsplanningen**, um die notwendige Massenbasis für den Machterwerb zu gewinnen. Die Strategien des Rechtsextremismus erstrecken sich zum einen auf die Popularisierung seiner Ziele und zum anderen auf entsprechende taktisch-organisatorische Gesichtspunkte. Zur Popularisierung der Ziele werden in der Regel **Kampagnen** durchgeführt, womit notwendigerweise taktische Überlegungen verbunden sind, wie die vorhandenen Ressourcen effektiv für die Gefolgschaftswerbung eingesetzt werden können.

Die Geburtsstunde des Rechtsextremismus

Wie ist der Rechtsextremismus überhaupt entstanden? Welche Motive hatten seine Gründungsväter? Zur Beantwortung dieser Fragen ist ein Blick in die Geschichte notwendig.

Die Quelle des organisierten deutschen Rechtsextremismus sprudelte im Lager der Deutschkonservativen, genauer: in der antiliberalen und antisozialdemokratischen Sammlungspolitik von Landwirtschaft und Schwerindustrie in Preußen-Deutschland um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Mit der Bildung des deutschen Nationalstaats (1871) und der industriellen Revolution hatte sich ein **Bedeutungswandel des Nationalismus** vollzogen. Meinte Nationalismus ursprünglich die nationale Einheit im Rahmen eines zumeist liberalen, konstitutionellen Verfassungsstaats, so zielte der Begriff nach Vollendung der deutschen Einheit auf die Bewahrung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, auf die Abwehr von demokratischen und so-

zialistischen, internationalistischen und ultramontanen (katholisch-abendländischen) Bestrebungen und auf die Stärkung der Machtstellung Deutschlands in der Welt.

Nach dem Ende der Ära Bismarck (1890) setzte die nationalistische Kritik am (vor allem außenpolitischen) Kurs der großbürgerlich-aristokratischen Führungsgruppen im Reich ("Verzichtspolitik", "faule Kompromisse") und bald selbst am Kaiser ein. Vorreiter war der 1891 gegründete, imperialistische und weithin antisemitische Alldeutsche Verband. Nach dem erdrutschartigen Sieg der SPD bei den Reichstagswahlen von 1912 entstand das "Kartell der schaffenden Stände", in welchem sich Repräsentanten aus Landwirtschaft, Mittelstand und Industrie zum Kampf gegen die "rote Flut" zusammenfanden. Und es wurden Forderungen nach einem "Staatsstreich von rechts", nach einer "Revolution von oben" laut.

Als die Reichsleitung am Vorabend des Ersten Weltkriegs mit dem Burgfrieden die Sozialdemokratie als Verhandlungspartner akzeptierte, trommelten die nationalistischen Kreise zum Widerstand. Entgegen der offiziellen Rechtfertigung des Krieges als Verteidigungskrieg, bemühte sich die nationalistische Opposition um eine breite Sammlung aller Kräfte, die auf territoriale Erwerbungen drängten, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg befürworteten, einen Verständigungsfrieden im Sinne des damaligen Reichskanzlers Bethmann Hollwegs kategorisch ablehnten ("Sieg oder Untergang") und innere Reformen um jeden Preis verhindern wollten.

Dies war die Geburtsstunde des Rechtsextremismus in Deutschland:

Teile des Konservatismus, nämlich radikale Nationalisten, stellten sich nun gegen die eigene Klasse. Aus einer Opposition innerhalb des Systems war eine Opposition gegen das System geworden, die selbst das monarchische Prinzip in Frage stellte - ein für Konservative unfassbarer Vorgang. Und daher bedurfte er einer populären Rechtfertigung. Damals entstand die, im Kern bis heute gültige,

Ideologie des Rechtsextremismus, die ihren parteipolitischen Ausdruck zunächst in der Deutschen Vaterlandspartei (DVLP) fand.

[Großadmiral Alfred von Tirpitz; ehem. Generallandwirtschaftsdirektor Ostpreußen Wolfgang Kapp, 1920 Kapp-Putsch gegen Reichsregierung]

Kernelemente der Ideologie des Rechtsextremismus

Das Motiv für den fundamentaloppositionellen Aufbruch war die subjektive Überzeugung, dass das Reich durch innere und äußere Feinde unmittelbar und nachhaltig bedroht war. Da angeblich weder der Kaiser noch die Reichsregierung, das Militär und die Beamtenschaft, also die herrschenden Eliten, diese Bedrohung erkannt hätten, sie womöglich sogar verharmlosten, hielt sich die nationalistische Opposition nicht nur für berechtigt, sondern sogar für verpflichtet, im Interesse der Erhaltung des Reichs zum Umsturz aufzurufen. Diese Politik setzte in zweierlei Hinsicht eine überzeugende **Rechtfertigung** voraus:

1. Die eigenen Anhänger mussten davon überzeugt werden, dass der herrschende Konservatismus versagt hatte, dass seine Politik unweigerlich ins Verderben führt, wenn ihr nicht umgehend Einhalt geboten wird.
2. Das Volk musste von der Notwendigkeit eines Umsturzes überzeugt werden, weil dieser - selbst unter den politischen Bedingungen des Kaiserreichs - einer Massenbasis bedurfte.

So wuchs aus der konservativen Weltanschauung die gegen sie gerichtete rechtsextreme Ideologie: Vermeintliche oder tatsächliche Bedrohungen wurden einseitig interpretiert, überhöht und dramatisch dargestellt. Das Wesen der nationalistischen Propaganda besteht darin, **Ängste zu schüren, Untergangs- oder Endzeitstimmungen zu erzeugen**, indem beispielsweise der Eindruck vermittelt wird,

man sei von Feinden umringt. Selbstverständlich kann der Rechtsextremismus Bedrohungen und Gefahren nicht frei erfinden, er bedarf zu seiner Entfaltung einer anfälligen bzw. aufgeschlossenen sozialen Basis. Er muss an bestehende Ängste anknüpfen, sie dann aber durch Wirklichkeitsverzerrung so weit verstärken, dass der **Ruf nach einer autoritären Lösung** des Problems immer lauter wird und damit die Chancen für eine Machtübernahme steigen.

Charakteristisch für die Systemopposition von Rechts im Kaiserreich war aber nicht nur die Forderung nach einem im inneren und nach außen autoritären und gegenüber seinen Feinden bzw. Gegnern unnachgiebigen Nationalstaat, sondern zugleich - sozusagen als Kehrseite der Medaille - die **völkische Fundierung dieses Nationalstaats**. Eine nationalistische Politik nach außen setzte die Stärkung des vaterländischen Bewusstseins in der Heimat und die Bekämpfung aller undeutschen bzw. antideutschen Umtriebe voraus. Das Volk sollte geschlossen hinter seiner Führung stehen und deren Machtpolitik unterstützen.

Das völkische Denken ist die Reaktion auf den sozialen Wandel im Zuge der Industriellen Revolution, auf den Niedergang des Adels, auf den Bedeutungsverlust des vor allem bäuerlichen Mittelstands und auf den Aufstieg des Bürgertums und insbesondere der Arbeiterschaft. Damit ging eine Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft einher, die sich politisch in der Bildung von Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und Interessengruppen niederschlug. Diese Entwicklung wurde von der extremen politischen Rechten als Zerstörung des Volkes gewertet, weil sich hier angeblich ökonomisch-soziale und politische Sonderinteressen artikulierten, welche soziale Entwurzelung und Verantwortungslosigkeit predigten, durch egoistische Ansprüche die staatliche Autorität schwächten und so die Volksgemeinschaft zersetzten.

In diesem Zusammenhang spielten auch die damals aufkommenden **Ras-**
sentheorien eine große Rolle. Das Germanentum wurde durch den vermeintlichen Einfluss des Judentums in seiner Existenz als bedroht angesehen. Das Judentum zerfresse durch seine angeblich bösen Triebe das deutsche Volk, verschlechtere die Gesetze, durchlöchere die politische Ordnung und bilde wegen der Anhäufung jüdischen Kapitals eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft und eine Verschärfung der sozialen Frage.

Bei der Lösung der sozialen Frage zielte der Rechtsextremismus nicht nur auf die Zwangsintegration der Arbeiterbewegung in die Volksgemeinschaft und auch nicht nur auf den Kampf gegen das jüdische Großkapital. Vielmehr stand das Kapital insgesamt im Verdacht, wegen seiner auf den Weltmarkt gerichteten Profitinteressen internationalistisch ausgerichtet zu sein und überdies auch noch den deutschen Mittelstand, die vermeintliche Keimzelle des Deutschtums, in die Ketten der "Zinsknechtschaft" zu legen, um ihn letztlich zu vernichten.

Der Nationalsozialismus konnte ideologisch unmittelbar an die nationalistische Opposition vor 1918 anknüpfen, verstärkte aber die rassistischen, antisemitischen und antikapitalistischen ("Deutscher Sozialismus") Komponenten der Ideologie. Der **Verfolgungswahn** in Bezug insbesondere auf Juden und andere Minderheiten, aber auch auf Kommunisten und Sozialdemokraten, steigerte sich ins Unermessliche, was seinen Niederschlag in extremer Repression und bald auch im Holocaust fand. Aber auch der **Größenwahn** der Nazis, versinnbildlicht im deutschen "Herrenmenschen" und im Griff nach der Weltmacht, war nicht mehr zu überbieten. Der Aachener Politikwissenschaftler Kurt Lenk bezeichnete Verfolgungswahn und Größenwahn als die beiden Kernelemente rechtsextremen Denkens. Größenwahn führe zu Nationalismus, Rassismus, Heroen-Mythen, Elitismus, Ethnozentrismus, zum Führerprinzip und zur Beschwörung der Volksgemeinschaft. Verfolgungswahn erzeuge Feindbilder, Verschwörungs-

theorien, Antisemitismus, Untergangsbefürchtungen, Anti-Intellektualismus, Angst vor multikultureller Unterwanderung, vor Bürgerkrieg, Chaos und Klassenkampf.

Politische Ziele und Kampagnen des Nachkriegsrechtsextremismus

Am Ende des Zweiten Weltkriegs befand sich der Rechtsextremismus in einer schweren Krise. Denn er war – selbst an seinen eigenen Ansprüchen gemessen – gescheitert. Infolge des Größenwahns der Nazis lag Deutschland in Schutt und Asche und war von den Siegermächten besetzt, die die Macht übernahmen und das Land unter sich aufteilten. Deutschland musste noch größere territoriale Verluste hinnehmen als nach dem Ersten Weltkrieg, nämlich insgesamt ein Viertel seines Staatsgebiets. Der Rest wurde von den vier Alliierten besetzt und später in zwei Staaten aufgeteilt. Die Nazis hatten also nicht nur unermessliches Leid über die deutsche (und europäische) Bevölkerung gebracht, sie hatten auch die Zerschlagung des Deutschen Reichs bzw. die Zerstörung der deutschen Nation erwirkt.

Wie rechtfertigten die Führungsgruppen des Nachkriegsrechtsextremismus ihren neuerlichen Machtanspruch, also die Neuauflage eines historisch so offensichtlich gescheiterten politischen Konzepts?

Wie begründeten sie ihre Forderung nach Wiederherstellung des Deutschen Reichs, das sie oder ihre Väter gerade zerschlagen hatten? Wie begründeten sie nun ihre völkische Ideologie, nachdem die Nazis das europäische Judentum fast völlig ausgerottet hatten? Welche realen Ängste und Bedrohungen boten sich ihnen als Anknüpfungspunkte für ihre auf Dramatisierung und Wirklichkeitsverzerrung gerichtete Propaganda dar?

Die Rechtsextremisten bemühten sich, ihren Machtanspruch mit zunächst zwei, allerdings eng miteinander verzahnten, Kampagnen durchzusetzen: mit der **Kampagne zur Wiederherstellung des Deut-**

schen Reichs und mit der **Revisionismuskampagne**. Dabei stellten sie sich bewusst und offensiv in die historische Tradition des deutschen Rechtsextremismus, rechtfertigten den Nationalsozialismus als notwendige Reaktion auf die Gefahr des Stalinismus, bagatellisierten seine Verbrechen und beklagten die Zerstörung des Reichs als grobes Unrecht der Siegermächte. Dass dieses Konzept zunächst wenigstens teilweise aufgehen konnte, lag an der mentalen Verfassung vieler Deutscher nach 1945.

Alexander und Margarete Mitscherlich bemerken dazu in ihrem Standardwerk "Die Unfähigkeit zu trauern" (1967):

"Die Ideologie der Nazis ist zwar nach 1945 pauschal außer Kurs geraten, was aber nicht bedeutet, dass man eine sichere innere Distanz zu ihr gefunden hätte. Dazu wäre eine kritische Auseinandersetzung ... notwendig gewesen; aber sie kam nicht zustande. So haben sich, sozusagen naiv, weil unreflektiert, Teilstücke dieses Weltbildes völlig unbehelligt erhalten."

Die zentrale These der Mitscherlichs lautet, dass die Abwehr der mit der Nazivergangenheit verbundenen **Angst-, Schuld- und Schamgefühle** durch die Verdrängung bzw. Verleugnung des Nationalsozialismus erfolgt. Dabei handele es sich um eine Art Selbstschutz, der dazu diene, einer Entwertung des eigenen Ich zu entgehen. Die große Majorität der Deutschen erlebe heute die Periode der nationalsozialistischen Herrschaft retrospektiv wie die Dazwischenkunft einer Infektionskrankheit in Kinderjahren. Das Bewusstsein orientiere sich am Unwirklichen, an Phantasien, um Realitätseinsicht und die damit verbundenen Schmerzen zu vermeiden. Die Nazivergangenheit werde derealisiert, entwirklicht. Man sähe sich als das "Opfer böser Mächte: zuerst der bösen Juden, dann der bösen Nazis, schließlich der bösen Russen. In jedem Fall ist das Böse externalisiert: es wird draußen gesucht und trifft einen von außen."

Mit Blick auf seine potenzielle soziale Basis hatte der Nachkriegsrechtsextremismus folglich keinerlei Anlass, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren. **Ideologische Kontinuität** drängte sich geradezu auf. So nutzte er die bestehenden Abwehrmechanismen gegen die Nazivergangenheit, um seinen Machtanspruch und seine politischen Ziele zu rechtfertigen. Noch einmal Alexander und Margarete Mitscherlich:

"In etwas vergrößerter Formulierung ließe sich sagen, dass durch die Verleugnung der Geschehnisse im Dritten Reich deren Folgen nicht anerkannt werden sollen. Vielmehr will man die Sieger auf Grund ihrer eigenen moralischen und politischen Maßstäbe zwingen, die Konsequenzen der Naziverbrechen so zu handhaben, als ob es sich um einen belanglosen kriegerischen Konflikt gehandelt hätte. Nach dieser Interpretation des Weltgeschehens haben wir dann natürlich auch 'Ansprüche', zum Beispiel auf die verlorenen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie."

Die Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reichs

Nationalismus erklärt die Wahrung und Stärkung der eigenen Nation zum obersten Prinzip menschlichen Denkens und Handelns und wertet andere Nationen ab. Der Primat des Nationalen bedeutete nach 1945, **alle Politik dem Imperativ der Überwindung der Dreiteilung Deutschlands**, dem Imperativ der Wiederherstellung des Deutschen Reiches unterzuordnen. Die "nationale Frage" dominierte die Programme aller rechtsextremen Parteien und Organisationen, die sich selbst stets als die "nationale Opposition" verstanden. Der Nachkriegsrechtsextremismus betrachtete die Teilung Deutschlands als völkerrechtswidrig, als einen willkürlichen Akt der Besatzungsmächte, um Deutschland politisch zu schwächen und ökonomisch auszubehuten. So lange der im Potsdamer Abkommen angekündigte Friedensvertrag mit Deutschland nicht geschlossen sei, bestehe das Reich als Ganzes fort. Und überhaupt habe 1945 nicht die Reichsre-

gierung kapituliert, sondern nur die Wehrmacht. Die Machtausübung der "Besatzer" sei daher illegal.

Als Feinde wurden aber nicht nur die vier alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs angesehen, sondern auch ihre (vermeintlichen) Handlanger in Deutschland, die politischen Führungsgruppen also, die sich angeblich entweder auf die Seite der Westmächte oder auf die der Sowjetunion geschlagen hätten, und nun gemeinsam mit der jeweiligen Besatzungsmacht die weitere Vernichtung des Deutschen Reichs durch die Gründung von Teilstaaten vorantrieben und damit auch noch auf die (ehemaligen) deutschen Ostgebiete verzichteten. Folglich lehnte der Rechtsextremismus auch die angeblich von den Westalliierten durch **Umerziehung** verordnete Demokratie als gegen Deutschland und das deutsche Volk gerichtet ab und forderte einen starken, volksgemeinschaftlich fundierten Staat, der deutsche Interessen gegen die äußeren und inneren Gegner des Reichs und des Deutschtums durchsetzt.

Diese Kampagne fand im Kampf gegen die entspannungsorientierte Ostpolitik der Großen Koalition und der sozialliberalen Koalition einen vorübergehenden Höhepunkt. Die NPD bezeichnete die Ostverträge (1969-72) damals als das "zweite Versailles". Und selbst mit der deutschen Einheit 1990 fand diese Kampagne kein Ende. Vielmehr behaupten die rechtsextremen Parteien, die deutsche Frage sei - mit Blick auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete - nach wie vor "offen". Großdeutsche Forderungen finden sich mit unterschiedlicher Akzentuierung in den Programmen aller rechtsextremen Parteien. So setzten sich die Republikaner für eine "friedliche Vervollendung der deutschen Einheit unter Einbezug Ostdeutschlands" unter Beachtung der völkerrechtlichen Prinzipien ein. Die DVU fordert das "Recht auf Selbstbestimmung in gerechten Grenzen für das deutsche Volk" und behauptet, die "Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße als Kriegsfolge widerspricht völkerrechtlichen Grundsätzen". Und im NPD-Programm heißt es unter Punkt

10: "Die Wiederherstellung Deutschlands ist mit der Vereinigung der Besatzungskonstruktionen BRD und DDR nicht erreicht. Deutschland ist größer als die Bundesrepublik!... Die unsere Geschichte missachtende und gegen das Völkerrecht verstoßende bedingungslose Preisgabe deutscher Gebiete ist nicht hinzunehmen. Wir beharren konsequent auf einer gerechten und dem Frieden auf Dauer dienenden Regelung."

Die Revisionismuskampagne

Die nationale Frage erschöpft sich nach Auffassung des bundesdeutschen Rechtsextremismus nicht allein in der Wiederherstellung Deutschlands als völkisch-territoriale Einheit und als europäischer Machtfaktor. Es geht ihm zugleich darum, dessen **"Niederwerfung" in ideologischer und propagandistischer Hinsicht zu bekämpfen**, um die nach 1945 von den Siegern vermeintlich gezielt zerstörte nationale Identität der Deutschen wieder freizulegen. Der Kampf um die "historische Wahrheit", die Revision der von den Alliierten angeblich dekretierten und von deutschen Helfershelfern besorgten offiziellen Geschichtsschreibung, ist daher ein zentraler Bestandteil der Politik des Rechtsextremismus. **Die Zerschlagung des Deutschen Reichs und die Zerstörung der Identität des deutschen Volks wurden vom Nachkriegsrechtsextremismus als die beiden herausragenden Elemente des Bedrohungsszenarios nach 1945 dargestellt.**

Zum einen sollen die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg geleugnet, der Schuldanteil der Siegermächte und deren Kriegsverbrechen hervorgehoben und die nach 1945 von den Alliierten durchgeführten Kriegsverbrecher- und NS-Prozesse als politische Justiz und als rechtswidrig entlarvt werden (**"Kriegsschuld-Lüge"**). Zum anderen geht es darum, den Holocaust als historische Tatsache in Frage zu stellen, ihn zu relativieren oder die Juden selbst für ihr Schicksal verantwortlich zu machen (**"Auschwitz-**

Lüge"). Revisionismus bedeutet im Ergebnis also Verdrängung der historischen Realität, Verharmlosung und Relativierung der Vergangenheit, Ablenkung von eigener Schuld und eigenem Versagen durch Aufrechnung von vermeintlichem oder tatsächlichem Unrecht der anderen und damit nicht zuletzt auch die Rehabilitierung rechtsextremistischer Großmachtbestrebungen.

Die Ursprünge des Geschichtsrevisionismus gehen zurück bis in die Zeit des Nationalsozialismus. Schon damals sind Anstrengungen unternommen worden, um die Judenverfolgung und die Kriegspolitik zu rechtfertigen. So hatte beispielsweise der stellvertretende Reichspressechef und spätere rechtsextreme Verleger Helmut Sündermann (Druffel-Verlag) im Jahr 1944 eine Artikelfolge unter dem Titel "Der erzwungene Krieg" veröffentlicht. Nach 1945 machten dann Kriegsverbrecherprozesse und Entnazifizierung im Interesse einer Entlastung der Beschuldigten gezielte Rechtfertigungsstrategien erforderlich, und auch rechtsextreme Organisationen waren gezwungen, ihre Existenz und ihre politischen Ziele zu legitimieren.

Dazu waren die Vertreter von rechtsextremen Organisationen schwerlich in der Lage. Die geistigen Grundlagen für diese Rechtfertigungsstrategien mussten im Vorfeld des organisierten Rechtsextremismus erarbeitet werden. So bildete sich wieder - wie schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik ("Konservative Revolution") - ein Netzwerk von intellektuellen Vordenkern, selbst ernannten "Forschern" und "Historikern" heraus, die einen "Kulturkampf von rechts" bestritten, indem sie die entsprechenden öffentlichen Diskurse initiierten bzw. beeinflussten und ihren politischen Repräsentanten die Verteidigungs- bzw. Rechtfertigungsargumente lieferten.

So entstand eine wachsende Flut von revisionistischer Literatur, die den Versailler Vertrag als die eigentliche Kriegsursache identifizierte und den Schuldanteil der USA, der UdSSR und vor allem

Englands und Polens hervorhob. Vielfach wurde der Eindruck erweckt, dass der Krieg Hitler nachgerade als Notwehrhandlung aufgezungen worden war.

Der Eifer der Revisionisten beim Umgewichten von historischen Zusammenhängen, bei der Verkehrung von Ursache und Wirkung und beim Aufbauschen von faktisch belanglosen Dokumenten, wurde und wird dadurch begünstigt, dass die verantwortlichen Politiker der Westmächte gerade 1938/39 unbestreitbare Versäumnisse und Ungeschicklichkeiten begangen und Hitlers Fanatismus unterschätzt hatten. Die Leugnung des Holocaust erfordert dagegen enormen argumentativen Aufwand und setzt ein hohes Maß an Skrupellosigkeit und Zynismus voraus. Denn er hat zweifelsfrei stattgefunden.

Würde der Rechtsextremismus die Tatsache des Holocaust einräumen, bestätigte er nicht nur den verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus, er könnte seine Existenz und seinen Machtanspruch nicht rechtfertigen, er würde sich auch seinem Selbstverständnis nach überflüssig machen.

Die Propagandisten der "Auschwitz-Lüge" machen sich nun folgende Umstände zunutze: Die bürokratisch perfekt organisierte Ausrottung wurde als solche niemals offiziell aktenkundig angeordnet, sie wurde nicht in allen Einzelheiten buchhalterisch protokolliert, und für den millionenfachen Massenmord gibt es kaum noch Zeugen. Die Opfer sind tot, und die Mörder belasten sich in der Regel nicht selbst. So wissen wir zwar, dass und in welchem Umfang der Holocaust stattgefunden hat, aber wir können nicht jeden einzelnen Mord mit gerichtsverwertbaren Dokumenten nachweisen.

Hier einige wichtige Machwerke des antisemitischen Revisionismus:

1950 veröffentlichte der französische Rechtsextremist Maurice Bardèche einen Bericht über den Nürnberger Prozess, in welchem er die

Beweisführung bezüglich der Judenvernichtung kritisierte. Ebenfalls 1950 äußerte sein Landsmann Prof. Paul Rassinier Zweifel an der Existenz von Gaskammern und forderte Beweise. 1963 erschien in deutscher Sprache sein Buch "Zum Fall Eichmann: Was ist Wahrheit? Oder: Die unbelehrbaren Sieger", wo der Holocaust als "Geschichtsfälschung" und als "Betrug" bezeichnet wird: Einen Plan der Nazis zur Vernichtung der Juden habe es nicht gegeben, die Greuel in den KZ seien hauptsächlich von kriminellen und gewalttätigen Häftlingen ohne höheren Auftrag besorgt worden, und im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau habe es überhaupt keine Gaskammern gegeben. 1970 folgte das Buch "Hexen-Einmal-Eins einer Lüge" von Emil Aretz, das kaum neue Gesichtspunkte vortrug. 1973 gab der Neonazi Manfred Roeder einen Erinnerungsbericht seines Kombattanten Thies Christophersen mit dem Titel "Die Auschwitz-Lüge" heraus. Christophersen war zwischen Januar und Dezember 1944 in Auschwitz und in einem Falle auch im Vernichtungslager Birkenau gewesen, um Arbeitskräfte auszusuchen. Er schildert das Lagerleben als angenehm ("elegante" Kleidung und "einwandfreie" Schuhe, Strümpfe und Wäsche der Lagerinsassen, die Frauen hatten "Lippenstift, Puder und Schminke", sogar ein "Freudenhaus" stand den Häftlingen zur Verfügung) und seine Arbeitskolonne als "lustigen Haufen", der bei der Arbeit sang und tanzte. 1976 publizierte der amerikanische Elektrotechniker Prof. Dr. Arthur R. Butz sein Buch "The Horax of the Twentieth Century", das 1977 in deutscher Ausgabe erschien ("Der Jahrhundert-Betrug"), die Judenvernichtung als "Propagandaschwindel" entlarvt und als Ziel der NS-Judenpolitik die "Vertreibung aller Juden aus dem deutschen Einflussbereich in Europa" und ihre "Umsiedelung ... nach dem Osten" behauptet. Die nächste größere Abrechnung mit der "Auschwitzlüge" stammt aus der Feder des ehemaligen Finanzrichters Dr. Wilhelm Stäglich ("Der Auschwitz-Mythos", 1979), dem die Universität Göttingen 1983 wegen dieses "antisemitischen Machwerks" den Dokortitel entzog. Stäglich gelangte aufgrund einer Bewertung der vorliegenden Dokumente aus der Nazizeit, von späteren Zeugen- und Erlebnisberichten und schließlich des

Frankfurter Auschwitz-Prozesses (1963-65) zu dem Ergebnis, dass "der Auschwitz-Mythos im Morast widerspruchsvoller Legendenbildung wurzelt, nicht aber im tatsächlichen Geschehen". Publizität erlangte schließlich der "Leuchter-Report". Der amerikanische Experte für Hinrichtungssysteme, Fred A. Leuchter, fertigte 1988 für den Deutsch-Kanadier Ernst Zündel, einen fanatischen Revisionisten, ein "Gutachten" über die "sogenannten Tötungskammern" von Auschwitz, Birkenau und Majdanek an, das einem kanadischen Gericht vorgelegt wurde. Leuchter hatte Gesteinsproben aus den Ruinen von KZ-Gebäuden und Gaskammern untersucht und dabei keine oder nur geringe Spuren von Blausäure in den Gaskammerproben gefunden, wohl aber in den Proben, die aus Desinfektionsräumen stammten. Daraus folgerte er fälschlicherweise, dass das Blausäurepräparat Zyklon B nur zur Desinfektion, nicht aber zur Ermordung von Juden verwandt wurde.

Die Revisionismuskampagne war und ist sehr erfolgreich. Zwar führte sie den rechtsextremen Parteien kaum Wähler und den Organisationen kaum Mitglieder zu. Aber sie verhalf dem Verlags- und Publikationswesen der extremen Rechten zu großer Blüte und Finanzkraft, wobei die erheblichen Gewinne teilweise der politischen Arbeit zugute kamen. Der Münchner Verleger und vormalige DVU-Chef Dr. Gerhard Frey häufte beispielsweise mit seinen Wochenzeitungen und mit seinem Buch- und Devotionalienverlag ein Millionenvermögen an. Der Erfolg der Kampagne beruht darauf, dass sich an den Diskursen auch rechtskonservative und nationalliberale Autoren beteiligten, wodurch sie ihren Niederschlag auch in den Massenmedien fanden, wenn auch oft mit kritischer Tendenz. Und nicht zuletzt korrespondieren die "Forschungsergebnisse" der Revisionisten mit dem Geschwätz der Kriegsgeneration an deutschen Stammtischen. Die Themen der Revisionisten wurden also von einem weit über den Rechtsextremismus hinausreichenden Publikum diskutiert und goutiert. Dazu trug zweifellos auch bei, dass die Verharmlosung und Relativierung der NS-Vergangenheit teilweise auch von etablierten Historikern betrieben

wurde - wenn auch in abgemilderter Form und ohne offenes Bekenntnis zu irgendwelchen politischen Intentionen. Jedenfalls erzwangen die Revisionisten damit, dass sich auch die Geschichtswissenschaft mit diesen Thesen beschäftigen musste, womit sie weiter aufgewertet wurden.

Heftige Kritik musste beispielsweise der Erlangener Ordinarius für Geschichtswissenschaft, Prof. Dr. Hellmut Diwald, für seine 1978 erschienene "Geschichte der Deutschen" hinnehmen. Das von dem renommierten Propyläen Verlag in 100.000 Exemplaren geplante Werk musste auf öffentlichen Druck hin umgeschrieben werden. In dem Abschnitt "Die Endlösung" hatte Diwald den Eindruck erweckt, als seien die Umstände der Judenvernichtung "trotz aller Literatur in zentralen Fragen noch immer ungeklärt". Und: "Man beutete eins der grauenhaftesten Geschehnisse der Moderne durch bewusste Irreführung, Täuschungen, Übertreibungen für den Zweck der totalen Disqualifikation eines Volkes aus." Die Existenz der Verbrennungsöfen in Birkenau begründete der Autor in der ersten Auflage seines Werks so:

"Birkenau, das zum Komplex von Auschwitz gehörte, diente als Lager für diejenigen Häftlinge, die als nicht arbeitsfähig erklärt worden waren. Deshalb erreichte hier die Sterblichkeitsquote die höchsten Ziffern. Am 26. Juli 1942 brach in Birkenau eine verheerende Typhusepidemie aus. Innerhalb von knapp drei Monaten starben bis an die zwanzigtausend Menschen. Das war der Grund, warum sich in Birkenau ungewöhnlich große Einrichtungen für die Verbrennung der Toten befanden."

Diwald hatte keine falschen Tatsachen mitgeteilt, sondern gezielt sprachliche Nebelkerzen geworfen, um irrezuführen. Erst in der zweiten Auflage (1979) findet sich die klare Formulierung: "An der Tatsache der systematischen Vernichtung der Juden ... ist nichts

strittig." Und auch erst hier äußert der Verfasser angemessene Worte für die Opfer des unfassbaren Verbrechens.

1986 löste ein Zeitungsartikel des Berliner Historikers Prof. Dr. Ernst Nolte den so genannten "Historikerstreit" aus. Diese von außerordentlichem öffentlichem Interesse begleitete und weithin in Tages- und Wochenzeitungen zwischen Historikern und Sozialwissenschaftlern ausgetragene Kontroverse drehte sich vordergründig um die Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit des Holocaust. Im Hintergrund stand jedoch, wie es Wehler in einem polemischen Essay ausdrückt, die "Entsorgung der deutschen Vergangenheit" und das "Selbstverständnis der Bundesrepublik". Nolte vertritt die These, dass die Judenvernichtung der Nazis im Zusammenhang zu sehen sei mit der Vernichtung des Bürgertums und des Bauerntums in Russland nach der Oktoberrevolution, und fragt, ob der Holocaust nicht die Reaktion auf die vorangegangenen Grausamkeiten der Bolschewiki war:

"Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine 'asiatische' Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potenzielle oder wirkliche Opfer einer 'asiatischen' Tat betrachteten? War nicht der 'Archipel Gulag' ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der 'Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des 'Rassenmords' der Nationalsozialisten?"

Der über Noltés Thesen entbrannte Streit wurde so heftig geführt, dass selbst Bundespräsident Richard von Weizsäcker dazu auf dem 37. Historikertag im Oktober 1988 Stellung bezog. Die Hoffnung, dass der Bundespräsident das Schlusswort zu dieser makaberen Diskussion formuliert hat, sollte sich nicht bestätigen, wie die acht Jahre später stattfindenden "Goldhagen-Kontroverse" erwies.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Zwischenfazit ziehen:

Der Antisemitismus in Gestalt der Holocaust-Leugnung stellt mithin einen essentiellen Bestandteil der rechtsextremen Ideologie im Nachkriegsdeutschland dar. Dies ist ein Grund dafür, dass Fremdenfeindlichkeit unmöglich als funktionales Äquivalent für Antisemitismus herhalten kann. Aber nicht der einzige, wie gleich noch zu zeigen sein wird.

Die Überfremdungskampagne

Abgesehen von der Leugnung des Holocaust spielte die völkische Komponente in der Ideologie des Nachkriegsrechtsextremismus - anders als in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - zunächst keine herausgehobene Rolle. **Erst im Zusammenhang mit der Überfremdungskampagne, die Mitte/Ende der siebziger Jahre einsetzte, trat die Diskriminierung fremder Völker bzw. Ethnien in den Vordergrund der rechtsextremen Propaganda.** Die grobe intellektuelle Vorarbeit hatte bereits mit dem Beginn der systematischen Anwerbung von Gastarbeitern (1955) begonnen, wurde aber selbst innerhalb des rechtsextremen Lagers zunächst kaum zur Kenntnis genommen. Und bei den Wahlerfolgen der NPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre spielte sie nur eine marginale Rolle. Erst mit der Mitte der siebziger Jahre einsetzenden Wirtschaftskrise und dem 1973 von der Bundesregierung verhängten Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer setzte der Rechtsextremismus massiv auf dieses Thema. Denn im Zuge der wachsenden Arbeitslosigkeit vermehrten sich auch die fremdenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung, und die Ausländer- und Asylproblematik wurde zunehmend auch in der Öffentlichkeit diskutiert.

Nach Auffassung des Rechtsextremismus geht von der Immigration die größte Gefahr für Volk, Rasse und Nation aus. Denn der rechtsextreme Nationalismus setzt eine ethnisch homogene Volksgemeinschaft voraus, die keine "Fremdkörper" duldet. Die darauf gegründete Ü-

berfremdungskampagne stellt ein besonders erfolgreiches Projekt des (west)deutschen Rechtsextremismus dar. Denn sie führt(e) ihm - anders als die Revisionismuskampagne - neue Mitglieder und Wähler zu.

Als moderne Vordenker wirkte eine kleine Gruppe von rechtsextremen Intellektuellen, die sich als **nationalrevolutionäre Neue Rechte** verstand. Die Botschaft "Ausländer raus!" wurde sehr subtil mittels des Anfang der siebziger Jahre geprägten Begriffs "**Ethnopluralismus**" gerechtfertigt. Ethnopluralismus bedeutet die Anerkennung der kulturellen Differenzen, den Pluralismus der Ethnien, ihre autonome Entfaltung nebeneinander und damit eben auch ihre Trennung voneinander, um die Völker bzw. Rassen vor gegenseitiger Bevormundung und "Durchmischung" zu schützen. Zitat: "Um die Individualität unserer Kultur wie auch die der farbigen Völker zu erhalten, gibt es nur eine Lösung: Europa den Europäern!" Dieser 1970 von einem Nationalrevolutionär formulierte Satz wurde zehn Jahre später in "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!" übersetzt.

Das Neue am Ethnopluralismus ist, dass Rasse nicht mehr im althergebrachten biologischen Sinne verstanden wird und es auch nicht mehr um die Wertigkeit von Rassen geht, sondern um die Verschiedenartigkeit von Kulturen und das vermeintliche Recht jedes Volkes auf seine Identität. Daher ist es durchaus gerechtfertigt, von "**Neorassismus**" zu sprechen: Das Bedrohungspotential wird nicht mehr im Bolschewismus, auch nicht allein in den beiden vermeintlich antideutschen Supermächten, sondern in einem weltumspannenden, Völker vernichtenden System gesehen, in dem alle bisherigen Feindbilder zu einer gigantischen Bedrohung verschmelzen: Kapitalismus, Kommunismus, Liberalismus, Christentum, Judentum und Islam. Darauf basiert die Antiglobalisierungskampagne, auf die ich gleich zurückkommen werde.

Vorreiter der politisch-praktischen Überfremdungskampagne im rechtsextremen Lager war die NPD, die Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre eine Fülle von Aktivitäten zur Herbeiführung eines "Ausländerstopps" entwickelte und sich auch an der Gründung von entsprechenden Wahlbündnissen beteiligte oder solche selbst initiierte ("Bürgerinitiative Ausländerstopp", "Hamburger Liste für Ausländerstopp", "Kieler Liste für Ausländerstopp" etc.). Und 1980 gründete auch Frey als Nebenorganisation seiner DVU eine "Initiative für Ausländerbegrenzung".

Im Laufe der achtziger Jahre rückte die Asylproblematik immer stärker in das Zentrum des öffentlichen Interesses ("Asylantenflut", "Asylantenschwemme") und gegen Ende der achtziger Jahre dann auch an die Spitze des politischen Problemhaushalts der Nation. Und der Rechtsextremismus heizte die Stimmung mit radikalen Parolen weiter an. Ausländer- und Asylpolitik entwickelte sich auch zum Gegenstand von Wahlkampfauseinandersetzungen, wovon im rechtsextremen Lager zunächst vor allem die Ende 1983 gegründeten Republikaner profitierten, später aber auch die DVU und bald vor allem die NPD. Sie plakatierte auch bei den drei Landtagswahlen Ende August dieses Jahres wieder ausländerfeindliche Parolen. Im Rahmen ihrer Verbürgerlichungsstrategie hieß es nun aber nicht mehr "Ausländer raus!" sondern "Heimreise statt Einreise".

Die Kampagne gegen die Globalisierung

Die Überfremdungskampagne wurde seit Mitte der neunziger Jahre schrittweise zu einer Kampagne gegen die Globalisierung erweitert. Denn die ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Entwicklungen, die sich hinter dem Stichwort "Globalisierung" verbergen, bieten optimale Anknüpfungspunkte für die rechtsextreme Ideologie. **Während das antisemitische Element bei der Überfremdungskampagne keine Rolle spielte, tritt es in der Antiglobalisierungskampagne wieder deutlich hervor.**

Globalisierung bedeutet vor allem Liberalisierung der Wirtschaft, Deregulierung der industriellen Beziehungen, Absenkung von Lohnniveaus und Abbau sozialer Standards, Standortkonkurrenz und Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Dies führt zu enormen sozialstrukturellen und sozialpsychologischen Verwerfungen: Mit der zunehmenden sozialen Ungleichheit bzw. sozialen Fragmentierung, mit der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen verschärfen sich Desintegrationsvorgänge, wachsen Unsicherheit, Unzufriedenheit und Ängste.

Das Bedürfnis nach Schutz vor vermeintlichen oder tatsächlichen, äußeren und inneren Bedrohungen, wie Abhängigkeit vom Weltmarkt, Immigration, Sozialmissbrauch, Ausländerkriminalität etc., nimmt dramatisch zu und bildet einen guten Resonanzboden für nationalistische und völkische Angebote. Denn mit der Globalisierung gehen tatsächlich die Auflösung nationaler Grenzen, ein Souveränitätsverlust der Nationalstaaten sowie - jedenfalls in Übergangsbereichen - eine Angleichung der Kulturen einher. Daher bieten sich dem Rechtsextremismus gute Chancen, den "Globalisierungsverlierern" den völkisch homogenen Nationalstaat als Gegengift gegen die Globalisierung schmackhaft zu machen.

Die Antiglobalisierungskampagne verbindet mithin nahtlos die nationalistische und die völkische Komponente des Rechtsextremismus mit der sich immer dringlicher stellenden "sozialen Frage". Es ist auch kein Zufall, dass die Kampagne vor allem in Ostdeutschland auf große Resonanz stößt. Denn dort verstärken sich die Vereinigungs- und die Globalisierungsfolgen gegenseitig. Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Unzufriedenheit angesichts von Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit in dem Maß gewachsen, wie klar wurde, dass der Systemwechsel in absehbarer Zeit nicht zu den erwarteten "blühenden Landschaften" führt. Als sich 2004 in Folge der Hartz-Gesetzgebung in der ostdeutschen Bevölkerung auch noch

massive Ängste vor einem drohenden Sozialabbau ausbreiteten und in Großdemonstrationen niederschlugen, gelang es der NPD seit über 25 Jahren erstmalig wieder, Landtagsmandate (in Sachsen) zu erringen, und die DVU überwand zum zweiten Mal die Fünf-Prozent-Hürde in Brandenburg. 2006 rückten die Nationaldemokraten auch in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein, und kürzlich schafften sie in Sachsen den Wiedereinzug in das Landesparlament.

Wirtschafts- und sozialpolitische Themen hatten für den Nachkriegsrechtsextremismus zunächst nur eine randständige Bedeutung. Wenn überhaupt, dann befasste er sich vorrangig mit Problemen des Mittelstands. Das änderte sich erst in den achtziger Jahren, als die Republikaner gewahr wurden, dass ihre Wählerschaft stark durch Angehörige der Unterschicht (Arbeiter, Arbeitslose) geprägt ist. Daraus folgte jedoch keineswegs, dass sich der Rechtsextremismus nun um die Ausarbeitung von wirtschafts- und sozialpolitischen Alternativen bemühte. Die strukturellen und konjunkturellen Probleme der Wirtschaft wurden vielmehr in erster Linie als Folge der "Ausländer- und Asylschwemme" ausgegeben und im Rahmen der Überfremdungskampagne angeprangert. Erst im Zuge der organisatorischen Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern lernten die rechtsextremen Parteien, dass Erfolge nur dann möglich sind, **wenn sie sich propagandistisch und praktisch auf die konkreten Existenznöte der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, einlassen und sich dabei einer kapitalismuskritischen Sprache befleißigen.**

Insbesondere die NPD bedient sich eines antikapitalistischen und antiwestlichen Duktus und wettet gegen den "vaterlandslosen Raubkapitalismus", gegen den "entarteten Monopolkapitalismus", gegen den "menschenverachtenden und völkervernichtenden Liberalkapitalismus", der Nationalstaaten und -kulturen zerstöre, um die "Weltdiktatur des großen Geldes" zu errichten.

"Der beschriebene Zustand ist unerträglich, eine effiziente politische Opposition zu dessen Beseitigung unerlässlich. Da es sich dabei um eine Opposition gegen Globalisierung handelt, kann ihr politisches Modell nur die Volksgemeinschaft sein, also die sozial und kulturell begründete enge Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen Menschen gleicher Volkszugehörigkeit und Nation im Gegensatz zur globalen Gleichschaltung von Kulturen, Völkern und Staaten."

Um den heraufziehenden "Völkerfrühling" zu beschleunigen, verbreitet die NPD, "Multikulti bedeutet Sozialabbau", und setzt sich für "Arbeit statt Profite", für die "Erhaltung des Sozialstaats", "gegen Sozialabbau" und für "soziale Gerechtigkeit statt Volksbetrug" ein.

In der Kapitalismuskritik der NPD manifestiert sich eines der beschriebenen Kernelemente der Ideologie des Rechtsextremismus. Sie richtet sich in der Tradition des Nationalsozialismus nicht gegen das (deutsche) "schaffende" Kapital, sondern gegen das "raffende", also gegen das internationale Finanzkapital, das angeblich von Juden beherrscht wird. Deren Absicht bestehe darin, durch die Kontrolle des globalen Finanzwesens die Weltherrschaft an sich zu reißen. Als Codes für derartige Verschwörungsabsichten gelten Begriffe wie "Wall Street", "US-Ostküste" oder "internationale Hochfinanz", Begriffe, die sich auch immer wieder in Publikationen der NPD finden.

Damit ist der zweite Grund dafür identifiziert, warum Fremdenfeindlichkeit nicht als funktionales Äquivalent für Antisemitismus dienen kann. Denn anders als Antisemitismus impliziert Fremdenfeindlichkeit nicht notwendigerweise Kapitalismuskritik bzw. Antikapitalismus, Ethnopluralismus verfügt nicht unbedingt über eine sozioökonomische Dimension. **Würde sich der Rechtsextremismus vom Antisemitismus lossagen, ginge ihm ein wichtiges Verbindungsglied**

zwischen der nationalistischen und der völkischen Komponente seines ideologischen Konstrukts verloren.

Ergebnis

Ich bin in meinem Vortrag der Frage nachgegangen, warum die Vertreter der wahlwerbend auftretenden rechtsextremen Parteien ihre völkische Agitation nicht auf fremdenfeindliche Angebote reduzieren, sondern auch antisemitische Inhalte kommunizieren, obwohl sie sich damit den Zugang zu breiteren Wählerschichten versperren, die durch Antisemitismus eher abgestoßen werden.

Bewertet man die Optionen der Akteure des Nachkriegsrechtsextremismus aus handlungstheoretischer Perspektive, dann blieb ihnen zur Rechtfertigung ihrer Existenz und ihres neuerlichen Machtanspruchs nach 1945 gar nichts anderes übrig, als den Nationalsozialismus als notwendige Reaktion auf die Bedrohung vor allem durch den Stalinismus zu rechtfertigen und seine Verbrechen zu leugnen oder wenigstens doch zu bagatellisieren.

Die Ausrottung des europäischen Judentums ließ sich schwerlich verharmlosen oder gar rechtfertigen, sie musste pauschal in Abrede gestellt werden. Dabei setzte man - typisch für den Rechtsextremismus - auf eine Verschwörungstheorie: Der Holocaust sei eine Erfindung der Besatzungsmächte und ihrer Helfershelfer, um das Deutsche Reich zu zerschlagen und das deutsche Volk zu vernichten, indem ihm seine Identität geraubt wird.

Die "soziale Frage" lässt sich im Sinne der rechtsextremen Ideologie besonders gut mit einem - gegen das internationale Finanzsystem gerichteten - Antikapitalismus (Positiv: "Deutscher Sozialismus") beantworten. Als Drahtzieher und Nutznießer dieses angeblich Völker vernichtenden Systems kommen nach Verschwörungstheoretischer Lesart vor allem die Juden in Betracht. Auch hier bildet der

Antisemitismus das unverzichtbare Verbindungsglied zwischen nationalistischem und völkischem Denken.

In beiden hier angesprochenen Fällen wäre Fremdenfeindlichkeit nicht in der Lage, die ideologische Funktionalität des Antisemitismus zu erfüllen.

Literatur:

Stöss, Richard: Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 368, Bonn 2000, S. 101-130 (Buchhandelsausg. Leske + Budrich).

Ders.: Rechtsextremismus im Wandel, 2. akt. Aufl., hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2007.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Richard Stöss
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)
Innestr. 21, 14195 Berlin
Tel.: (030) 838-54959; Fax: (030) 838-54960
Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/mitarbeiter/stoess/index.html>
E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de